

Krankt die elektronische Gesundheitskarte an Kosten und Datensicherheit?

31. Juli 2009

Ist sie fit für die Praxis? - Die elektronische Gesundheitskarte.

(Berlin) Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) befindet sich offenbar im Plan. Die stationären und mobilen Lesegeräte werden seit einiger Zeit Schritt für Schritt in Arztpraxen und Krankenhäusern installiert, wie das Bundesgesundheitsministerium erklärt. Die Krankenkassen haben erklärt, dass sie in der Startregion Nordrhein ab dem 1. Oktober 2009 damit beginnen werden, elektronische Gesundheitskarten an ihre Versicherten auszugeben.

Hierzu erklärte der Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder: "Das klare und eindeutige Bekenntnis der Beteiligten zur planmäßigen Umsetzung gibt für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und deren Infrastruktur ein eindeutiges Signal. Arztpraxen, Zahnarztpraxen und Krankenhäuser in der Startregion Nordrhein können sich jetzt konkret darauf einstellen, dass ab Anfang Oktober Patienten mit elektronischen Gesundheitskarten zu ihnen kommen werden."

Die eGK wird die jetzige Krankenversichertenkarte künftig ersetzen. Jeder Versicherte erhält dann die eGK kostenfrei von seiner Krankenkasse. Die Karte hat einen Mikrochip eingebaut, der u.a. größere Speichermöglichkeiten hat. Gespeichert werden sollen Basisdaten wie Name, Geburtsdatum und Versicherungsstatus. Über die eGK sollen zudem Rezepte nicht länger in Papierform, sondern als "eRezept" elektronisch erstellt werden.

Zugriff auf Daten erst, wenn Arzt und Versicherter zustimmen

Wer will, kann zusätzlich Infos speichern lassen, etwa Notfalldaten, elektronische Patientenakte oder den elektronischen Arztbrief. Laut BKK Mobil Oil seien die sensiblen Daten durch ein "strenges Sicherheitssystem" geschützt. Ärzte müssen sich erst als solche mit dem Heilberufsausweis identifizieren, wenn sie Zugriff auf die Kartendaten haben wollen, der Patient hingegen hat eine sechsstellige PIN, mit der er - ähnlich wie beim Geldabheben mit der EC-Karte am Automaten -, den Zugriff erst ausdrücklich gestatten muss. Der Heilberufsausweis dient der Authentifizierung (elektronische Anmeldung im Netz), der Verschlüsselung von Daten und der digitalen Signatur.

Ab 2010 soll die Karte dann jeder Versicherte haben. Doch Kritik an der eGK gibt es schon jetzt reichlich: Der Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein, Franz-Joseph Bartmann, sagte: "Das Gesamtprojekt wird einen hohen einstelligen Milliardenbetrag erfordern." Und auch wegen des Datenschutzes gibt es Ärger: "Angesicht zunehmender Daten-Skandale" fordert DIE LINKE ein "Moratorium für alle Großprojekte, die datenschutzrelevant sind. Dazu gehört insbesondere auch die elektronische Gesundheitskarte."

Manche setzen gar auf einen Boykott der Karte, etwa indem der Versicherte verweigert, sein Foto für die Karte zur Verfügung zu stellen, welches für die eGK obligatorisch ist. Dazu ruft u.a. das Bündnis "Stoppt die e-card" auf, das eigenen Angaben zufolge bereits 682.566 Unterschriften gegen die eGK gesammelt haben will und an dem u.a. auch der Ärzteverband "Ärzte in sozialer Verantwortung" (IPPNW) teilnimmt.

"Gegen Bedenken soll Karte durchgepeitscht werden"

Wer allerdings seiner Kasse künftig kein Foto von sich zur Verfügung stellt, dem droht der Verlust seines Krankenversicherungsschutzes. Dies geht aus einer Antwort des Bundesgesundheitsministeriums an die FDP-Fraktion hervor. Die elektronische Gesundheitskarte könne "in der Regel nicht ausgestellt werden, wenn ein notwendiges Lichtbild nicht vorgelegt wird", heißt es in der Antwort. Das Ministerium verweise darin zugleich auf die Pflicht jedes Versicherten "bei Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen dem behandelnden Arzt vor Beginn der Behandlung seine Krankenversicherungskarte zum Nachweis des Bestehens des Versicherungsverhältnisses vorzulegen".

Der FDP-Gesundheitsexperte Daniel Bahr kritisierte die Einführung der eGK: "Das Gesundheitsministerium will gegen Bedenken von Ärzten und Patientenvertretern dieses Projekt durchpeitschen."

Auch der Berufsverband Freie Ärzteschaft hat dazu aufgerufen, die geplante elektronische Gesundheitskarte abzulehnen. Der Patient in seinem informationellen Selbstbestimmungsrecht müsse im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen, sagte Verbandspräsident Martin Grauduszus. Die Karte solle gegen alle Widerstände von Patienten und auch Ärzten eingeführt werden. Es sei zu befürchten, dass die Gesundheitskarte die ärztliche Schweigepflicht aushöhle.

"Gesundheitskarte macht Patientendaten erst sicher"

Der Datenexperte der Bundesärztekammer, Franz-Joseph Bartmann, hat die elektronische Gesundheitskarte gegen anhaltende Kritik verteidigt. Die Sicherheit der Informationen sei bei dem System "um Potenzen höher als beim Online-Banking", sagte Bartmann. Die Patientendaten seien auf mehreren Stufen geschützt. Wegen eines eingebauten Mikroprozessors könne die Gesundheitskarte auch nicht kopiert werden.

Der derzeitige Umgang mit Patienteninformationen sei dagegen "nicht optimal", kritisierte der Mediziner. Bislang verschickten viele Ärzte Daten per Fax oder E-Mail. Dass eine Information beim falschen Empfänger lande, sei nicht auszuschließen.

Seine Haltung sei in der Ärzteschaft "unpopulär", räumte der Chirurg ein. Viele Mediziner seien gegen die elektronische Gesundheitskarte. "Das Problem ist, dass die Gegnerpositionen sehr plakativ und sehr eingängig sind", sagte er. Auf einen unsicheren Datenfluss und eine Überwachungsmentalität zu verweisen, sei einfacher, als bei dem "hochkomplexen" Thema ins technische Detail zu gehen.

min

Die Aspect Online Finanz-Tipps sind eine Publikation der

[Aspect Online AG](#)

Beim Glaspalast 1

86153 Augsburg